

20.10.2022

## Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 457 vom 16. September 2022  
der Abgeordneten Rodion Bakum, Lisa-Kristin Kapteinat, Alexander Vogt, André Stinka und  
Lena Teschlade SPD  
Drucksache 18/932

### **Schließung der Vallourec-Werke in Mülheim an der Ruhr und Düsseldorf – Unterstützung der Landesregierung für die Beschäftigten und Kommunen**

#### ***Vorbemerkung der Kleinen Anfrage***

Der Stahlkonzern Vallourec wird seine Werksstandorte in Mülheim an der Ruhr und Düsseldorf endgültig schließen und den Betrieb nach Brasilien verlagern. Die Zukunft von etwa 2400 Beschäftigten ist ungewiss. Die Geschäftsleitung der Vallourec Deutschland GmbH und die IG Metall haben sich auf Eckpunkte für einen Sozialtarifvertrag geeinigt<sup>1</sup>.

Demnach soll in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit der Wechsel der Beschäftigten in eine Transfergesellschaft möglich sein. Zudem haben laut des Arbeitsdirektors der Vallourec Deutschland GmbH „mehr als 50 Unternehmen aus der Region und deutschlandweit [...] großes Interesse angemeldet [...], Mitarbeitende zu übernehmen“<sup>1</sup>. Darüber hinaus könne ein „dynamischer Zusatzbeitrag, je nach Höhe des Erlöses“ laut IG Metall beim Verkauf der Grundstücke an die Beschäftigten ausgezahlt werden<sup>2</sup>.

In der Antwort auf die Kleine Anfrage 7 vom 02. Juni 2022 mit der Drucksache 18/31 erklärte die Landesregierung, dass sich das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales beratend bei der Einrichtung einer Transfergesellschaft einbringen werde, falls dies gewünscht sei. Die Agenturen für Arbeit könnten bei der Suche nach neuen Arbeitsplätzen unterstützen. Die Landesregierung kündigte zudem an, an „Runden Tischen“ der beteiligten Kommunen teilzunehmen, um bei der Ansiedlung auf den Flächen und möglichen industriellen Nachnutzungen zu unterstützen. Dies unterstrich Minister Karl-Josef Laumann bei seiner Rede im Plenum am 30. Juni 2022 (Plenarprotokoll 18/4): „Die Landesregierung wird deswegen sehr hart daran arbeiten, den Beschäftigten wieder eine Perspektive zu geben. [...] Unter anderem gibt es die Möglichkeit, eine Transfergesellschaft zu gründen, was ich als Arbeitsminister sehr befürworte und was das MAGS auch mit finanziellen Mitteln unterstützen kann. [...] Zudem wird es sich bei der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit dafür einsetzen, dass die Beraterinnen und

---

<sup>1</sup> WAZ vom 10.09.2022, Eckpunkte für Sozialtarifvertrag bei Vallourec stehen, online unter <https://www.waz.de/steaedt/muelheim/vallourec-muelheim-eckpunkte-fuer-sozialtarifvertrag-stehen-id236388623.html>;

<sup>2</sup> Wir sind (fast) so weit, abgerufen am 12.09.2022 unter <https://duesseldorf-neus.sigmetail.de/aktuelles/neuigkeiten/2022/september-2022/2022-09-09-vallourec/>

Datum des Originals: 20.10.2022/Ausgegeben: 26.10.2022

Berater der Bundesagentur für Arbeit unmittelbar in den Betrieb kommen und auf die Beschäftigten zugehen. [...] Wir erwarten Antworten auf die Frage, wie es für die Beschäftigten sozialverträglich weitergeht, sowie darauf, ob vielleicht teilweise eine nahtlos anschließende industrielle Weiternutzung erreicht werden kann.“

**Der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales** hat die Kleine Anfrage 457 mit Schreiben vom 20. Oktober 2022 namens der Landesregierung 457 im Einvernehmen mit der Ministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie beantwortet.

**1. *Mit welchen Aktivitäten begleitet das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales den möglichen Wechsel von Beschäftigten der Vallourec Deutschland GmbH in eine Transfer- und Qualifizierungsgesellschaft?***

Seit Bekanntwerden der beabsichtigten Werkschließungen stehen die Fachreferate des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) sowie des Ministeriums für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie (MWIKE) im stetigen Austausch mit den Beschäftigtenvertretungen bestehend aus Gewerkschaftsvertretern der IG Metall sowie dem Betriebsrat. Darüber hinaus findet ein regelmäßiger Austausch mit der Unternehmensführung statt, bei dem die Landesregierung laufend über neue Entwicklungen informiert wird.

**2. *Werden finanzielle Mittel der Landesregierung oder anderen Institutionen, beispielsweise dem Europäischen Fonds zur Anpassung an die Globalisierung, zur Unterstützung, Qualifizierung bzw. Vermittlung der Beschäftigten der Vallourec Deutschland GmbH bereitgestellt?***

Die Arbeitsebene des MAGS steht seit Mitte August 2022 im Austausch mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales, das seinerseits den Europäischen Fonds zur Anpassung an die Globalisierung (EGF) für die gesamte Bundesrepublik verwaltet. In dem Zusammenhang wurde die Situation bei Vallourec und die Möglichkeiten der Inanspruchnahme des EGF gemeinsam erörtert. Diese Option wird weiter fachlich begleitet.

**3. *Welche Ergebnisse erzielte das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales bei Gesprächen mit der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit, Unternehmens-, Gewerkschafts- bzw. Beschäftigungsvertretenden zur Vermittlung, Qualifizierung und (finanziellen) Unterstützung für die Beschäftigten seit dem 30. Juni 2022? (Bitte nach Gesprächsteilnehmenden, -themen, Datum und Ergebnis aufschlüsseln.)***

Ergänzend zu den Ausführungen zu Frage 1 und 2 hat die Landesregierung seit dem 30. Juni 2022 zwei Gespräche mit der Unternehmensleitung geführt. Seitens des MAGS wurde insbesondere eine sozialverträgliche Lösung für alle Beschäftigten in den Fokus gestellt.

Anfang September haben sich Unternehmensvertreter und Beschäftigtenvertretung auf ein Eckpunktepapier verständigt. Auf dieser Basis werden die Sozialplanverhandlungen fortgesetzt. Die Beschäftigten sollen demnach eine Abfindung in Höhe von 1,25 Monatsgehältern pro Beschäftigungsjahr erhalten. Auszubildende und befristete Beschäftigte erhalten eine Abfindungspauschale. Darüber hinaus wird eine Transfergesellschaft eingerichtet. Gemeinsam mit der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit und dem Unternehmen wurde auf Arbeitsebene das Thema „Gestaltung der Übergänge in neue Beschäftigungsverhältnisse“

erörtert. Für Beschäftigte der Jahrgänge 1966 oder älter wird es ein Altersübergangsmodell geben, um den Übergang zum frühestmöglichen Eintritt in die gesetzliche Rente zu erleichtern.

**4. Welche Unterstützung leistet die Landesregierung konkret bei der künftigen (industriellen) Flächenentwicklung für die Kommunen Düsseldorf und Mülheim an der Ruhr?**

Einen entsprechenden Förderantrag voraussetzend, wären die Erschließung, der Ausbau bzw. die Revitalisierung der freiwerdenden Industriebrache auf dem ehemaligen Gelände der Firma Vallourec in Mülheim an der Ruhr über das Regionale Wirtschaftsförderungsprogramm (RWP) des Landes Nordrhein-Westfalen förderfähig, soweit es sich bei einer solchen Maßnahme um ein unrentierliches Vorhaben handelt. Der maximale Fördersatz läge bei einer derartigen Revitalisierungsmaßnahme bei 90 % der förderfähigen Gesamtausgaben. Sofern im Vorhaben zudem besonders nachhaltige Maßnahmen getroffen werden, könnte der Fördersatz um weitere 5 % der förderfähigen Gesamtausgaben erhöht werden. Darüber hinaus ist der Kontakt zur landeseigenen Wirtschaftsförderungsgesellschaft NRW.Global Business, die beispielsweise auch bei der industriellen Nachnutzung unterstützen kann.

**5. Wann wird die nordrhein-westfälische Landesregierung einen Stahlgipfel, ein High-Level-Meeting Stahl bzw. ein vergleichbares Format mit der Stahlindustrie, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, den anderen Stahlländern und der Bundesregierung organisieren?**

Die Landesregierung steht im regelmäßigen Austausch mit allen relevanten Akteuren der Stahlindustrie, dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz sowie den weiteren Bundesländern, die sich in der nationalen Stahlallianz engagieren. Über Ausrichtung und Ausgestaltung eines zukünftigen Veranstaltungsformats für die stahlproduzierende Industrie ist zwischen den o.g. Beteiligten noch keine Entscheidung gefallen.